

Über die Euroleaks & die Intensivierung der Sparpolitik durch das Coronavirus | Mit David Adler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie sich heute bei uns sind und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle, in der wir Politikexperten, Whistleblower oder ehemalige Insider befragen. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Heute werde ich mit dem politischen Analysten der Bewegung *Demokratie in Europa 2025*, David Adler, sprechen. Die Bewegung Demokratie in Europa, auch bekannt als *DiEM25*, ist eine gesamteuropäische progressive Bewegung, die sich für eine Alternative zur Sparpolitik der Europäischen Union einsetzt. David Adler, vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

David Adler (DA): Es freut mich, hier zu sein. Danke für die Einladung.

ZR: Beginnen wir mit den Leaks vom 14. März von DiEM25. Es wurden eine Menge Audiodateien und Abschriften veröffentlicht, die sich auf die Europäische Union beziehen. Könnten Sie, bevor wir in die Details gehen, etwas zum Umfang und der Größenordnung der Leaks sagen?

DA: Viele Ihrer Zuhörer werden sich an die Ereignisse des Jahres 2015 erinnern, wegen der brutalen Auferlegung dieser Sparpolitik durch die so genannte *Troika*, die Kooperation der Europäische Kommission, der Europäische Zentralbank und des Internationale Währungsfonds (IWF). Das Bündnis dieser drei Institutionen hat den so genannten PIIGS-Staaten – also Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien – diese sehr strenge Finanzpolitik aufgezwungen. Viele Ihrer Zuhörer und Zuschauer werden sich auch daran erinnern, dass in Griechenland besonders grausame Sparmaßnahmen von der Troika auferlegt wurden. Die linken Bewegungen hatten sich um Syriza herum zusammengeschlossen, das 2015 an die Macht kam, um sich gegen diese Sparpolitik zu wehren, es war eine schlimme Sache. Mein Kollege Yanis Varoufakis war damals Finanzminister und stand nicht nur der Troika kritisch gegenüber, sondern auch dieser Organisation, die sich Eurogruppe nennt, in der die Finanzminister der verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammenkommen und in der das Dogma der Sparmaßnahmen und die Bedeutung der finanzpolitischen Verantwortung am stärksten gefestigt wurden.

Jetzt gerade, im Kontext dieses massiven Coronavirus, erscheint dieses Drängen zu Sparmaßnahmen, zur Kürzung der Sozialhaushalte, zur Kürzung der Investitionen in Dinge wie das Gesundheitswesen natürlich vielen verrückt, so wie es damals auch vielen verrückt erschien. Aber selbst als die Griechen begannen, ihr Recht auf Investitionen in ihre

Gemeinden und in ihre Mitbürger einzufordern, wollten die europäischen Institutionen davon nichts wissen. Und zu dieser Zeit versuchte Yanis aus griechischer Sicht einige so genannte bescheidene Vorschläge zur Umschuldung und zur Befreiung Griechenlands aus dem Schuldnergefängnis zu machen, damit es wieder in die eigene Wirtschaft investieren konnte. Wissen Sie, wir sprechen von einem Rückgang von etwa einem Drittel der wirtschaftlichen Aktivität Griechenlands, von schwerer Arbeitslosigkeit und Ähnlichem.

Ich werde nicht auf alle Ereignisse eingehen, die seit 2015 stattfanden, aber dasselbe Dogma der Austerität herrscht immer noch vor. Viele der führenden Politiker der Europäischen Union, ob Sie nun in der EZB, der Europäischen Kommission oder anderswo tätig sind, werden mit Freude das Ende der Krise verkünden und sagen: "Nun, wir haben alles getan was in unserer Macht stand um Europa aus der Hauptkrisenzeite zwischen 2008 und 2012 herauszuholen, und wir haben uns wieder deutlich erholt". Aber Tatsache ist, dass dieses Dogma sowohl in den Regierungen der Mitgliedstaaten, die diese Sparpakete weiterhin umsetzen, als auch in Brüssel oder Frankfurt fortbesteht.

Euroleaks soll über die interne politische Dynamik aufklären, die dieses Dogma aufrechterhält. Es kann von außen anmuten wie Austerität im Sinne von "es gibt keine Alternative": "Wir müssen unsere Haushalte ausgleichen. Wir müssen die Steuerausgaben dieser rücksichtslosen Regierungen in den Südeuropäischen Ländern einschränken". Und diese Aufnahmen (Euroleaks) sollen sowohl die Oberflächlichkeit der Solidarität unter den europäischen Finanzministern und Regierungen offenbaren, als auch die Schwere des Angriffs auf eine demokratisch gewählte Regierung, die das griechische Volk aus diesem Schuldnergefängnis befreien wollte.

ZR: Warum hat DiEM25 dies fünf Jahre nach der Krise veröffentlicht?

DA: Es gibt nationale und internationale Gründe dafür. Im Falle Griechenlands sagen die europäischen Institutionen und die neue griechische Regierung unter der Führung von *New Democracy* zwar: "Die Sparmaßnahmen sind vorbei, und wir begrüßen diesen neuen Tag in der griechischen Wirtschaft". Tatsache ist aber, dass Griechenland gefangen ist in der Erwartung eines massiven Haushaltsüberschusses über Jahre hinweg bis 2060. Es gab also keine Befreiung Griechenlands aus diesem Schuldnergefängnis. Die Rettungsaktionen sind vorbei und es sei angeblich dieser große neue Tag für die griechische Wirtschaft. Aber Stagnation bleibt das Gebot der Stunde in Griechenland. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 20 Prozent, wenn ich mich nicht irre. Es war also wichtig, sie jetzt zu veröffentlichen, um zu zeigen, dass diese Krise nicht vorbei ist. Und ich denke, es geht auch um die europäische Ebene, denn die Europäische Union nimmt gerade jetzt ein sehr ehrgeiziges Reformprogramm in Angriff. "Ehrgeizig" in Anführungszeichen. Es soll ein riesiges Investitionsprogramm unter der Schirmherrschaft des so genannten Green Deal umfassen, um einen grünen Übergang einzuleiten und Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen, so ihre Worte, sowie eine Konferenz über die Zukunft Europas, die eine große Demokratisierung der Europäischen Union markieren soll. Nun wir von DiEM25 stehen diesen beiden Projekten äußerst skeptisch gegenüber.

Weil wir der Meinung sind, dass Ersteres, der so genannte Green Deal, nichts dazu beiträgt, die Austeritätspolitik zu lockern oder anderweitig zu reformieren, die Investitionen in ganz Europa verhindert und beschränkt und den Haushalten der am stärksten gefährdeten

Gemeinschaften schaden, die für den Klimawandel eine wichtige Rolle spielen. Auf der anderen Seite, scheint der Vorwand, dass die Europäische Union diese Sorgen um Demokratie und Transparenz ernst nimmt, auch völlig unvereinbar mit dem Inhalt der tatsächlich vorliegenden Vorschläge. Seit den Wahlen zur Europäischen Union im Jahr 2019 ist diese neue Führungsriege an der Spitze der europäischen Institutionen, die ein neues Parlament und eine neue Kommission an die Macht gebracht haben. Und es herrscht diese Reform-Rethorik vor, die vorgibt an eine echte Intention suggeriert, die Probleme zu lösen, die 2015 entstanden sind. Und doch bewegt sich in dieser Sache nichts.

Ich denke - um dies im Kontext der aktuellen Krise zu betrachten - es ist wichtig, dass wir diese *EuroLeaks* auch im Kontext des Coronavirus betrachten, denn wir sehen gerade, wie fragil die Bande der Solidarität sind. Wir sehen, dass dieselben Institutionen, die Europäische Zentralbank, ja sogar genau dieselben Leute wie Christine Lagarde, die an der Spitze des IWF stand und jetzt die EZB leitet, wieder einmal nicht aufstehen und andere angeschlagene Mitglieder der Europäischen Union schützen, sei es Griechenland oder in diesem Fall Italien, dessen Anleiherenditen in die Höhe schnellen. Dieselben Fragen der Solidarität, der Transparenz, der Demokratie, die 2015 vorherrschten und ungelöst blieben, werden nun durch diese Aufzeichnungen wieder laut. Und wir hoffen, dass wir die Menschen mobilisieren können, um weit bessere Lösungen zu fordern, als die, die jetzt gerade angeboten werden.

ZR: Diese Dateien, ich habe reingelesen, sind wirklich tiefgehend und detailliert. Die Protokolle sind sehr lang. Könnten Sie für unsere Zuschauer einige der wesentlichen Ergebnisse erwähnen?

DA: Ich überlasse es Ihren Zuhörern, die *EuroLeaks* selbst zu sichten. Wir haben einige Erklärungen eingefügt, die ihnen helfen werden, sie zu analysieren. Die Website ist leicht zu navigieren, aber ich denke, der entscheidende Punkt ist, die innere Dynamik des so genannten TINA-[There Is No Alternative]-Dogmas zu verstehen. Zu begreifen, dass das, was in der Eurogruppe geschah, keine Diskussion über die taktischen Vorschläge war, keine Diskussion über den Nutzen oder die Durchführbarkeit dessen, was die Regierung Syriza auf den Tisch legte um Griechenland aus jenem Schuldnergefängnis zu befreien, sondern es ging vielmehr um Einschüchterung, Drohungen und Missbrauch eines kränkelnden Mitgliedstaates. Ich denke also, dass die Aufzeichnungen in der Quintessenz den Mangel an Solidarität in Krisenzeiten aufzeigen.

ZR: In den Jahren 2010 und 2011, als nach Ausbruch der Krise in vollem Umfang gespart wurde, gab es viele Berichte über vermehrte Suizide in Griechenland und einen gravierenden Mangel an Hygieneartikeln in den Krankenhäusern. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Situation in Orten wie Griechenland im Moment - in Zeiten von Corona - aussehen muss. Erzählen Sie etwas darüber, wie sich die Sparmaßnahmen auf die soziale Gesundheit auswirken in Zeiten der Pandemie.

DA: Die Sparmaßnahmen schränken explizit die Fähigkeit des Staates ein, in öffentliche Dienstleistungen zu investieren. Ein Teil davon ist Infrastruktur wie Züge, die der Staat offensichtlich nicht verwalten kann, wenn er keinen Zugang zu grundlegenden finanziellen Ressourcen hat. Aber ein viel größerer Teil betrifft Schutz & Absicherung der Bevölkerung. Die Renten, das Gesundheitssystem. Das sind entscheidende Säulen, die es den Menschen

ermöglichen, kritische Ereignisse zu überleben. Säulen, die durch das Coronavirus jetzt als fundamental für das basale Funktionieren einer anständigen Gesellschaft begriffen werden. Es ist eine interessante Frage, warum die Logik der Sparmaßnahmen in der breiten europäischen Öffentlichkeit nicht als besonders pervers empfunden wurde, obwohl viele Leute versuchten zu argumentieren, dass diese Kürzungen tatsächlich katastrophal seien. Aber jetzt scheint es plötzlich, als ob die Menschen endlich verstehen, dass die Sparmaßnahmen konkret bewirken, dass einem Staat die Fähigkeiten fehlen, auf eine Krise wie diese zu reagieren.

Wissen Sie, in der aktuellen Situation wird von Reportern und den Medien vor allem Italien, die Region Lombardei unter die Lupe genommen. Dies ist eine der reichsten Regionen Europas und der Welt, mit einem Gesundheitssystem und mit hohen Kapazitäten über den gesamten Kontinent hinweg. Wir wissen noch nicht, was passiert, wenn dieses Virus an Orte wie Südalitalien oder nach Griechenland gelangt, wo die Sparmaßnahmen brutale Auswirkungen hatten auf die Investitionsfähigkeit des Staates bei sehr geringer Nachfrage und geringem Einkommen in den umliegenden Gemeinden.

Meine Hoffnung ist, dass dies wirklich der letzte Nagel im Sarg der Sparpolitik ist. Diese Logik wurde als der Denkfehler entlarvt, der es schon immer war. Es folgt keiner wirtschaftlichen Logik nicht in die sozialen Grunddienste zu investieren, es macht wirtschaftlich keinen Sinn. Man lähmt, verkrüppelt und vernichtet die Wirtschaft, wenn man es nicht schafft, die Nachfrage an diesen Orten zu fördern, um in wirtschaftlichen Begriffen zu sprechen. Dies ist eine wirklich selbstzerstörerische Politik und das wurde natürlich im Jahr 2015 von Griechenland beklagt. Das hat sich in den letzten fünf Jahren auch bestätigt. Aber ich hoffe wirklich, dass eines jetzt sehr deutlich wird, nämlich der direkte Zusammenhang zwischen den Sparmaßnahmen und dem wirtschaftlichen Schaden sowie den sozialen Kosten, die entstehen, wenn man die Menschen hängen lässt, wenn sie es am meisten brauchen.

ZR: Wie war die Medienresonanz bisher? Ich kann mir vorstellen, dass diese Leaks neben der Berichterstattung zum Coronavirus etwas untergehen.

DA: Es ist ein sehr interessanter Moment. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Leaks mag vielen seltsamen erscheinen. Wir sind nicht mehr im Jahr 2015. Und wir stecken gerade in dieser gegenwärtigen Krise. Aber ich finde den Moment großartig. Es ist ganz zufällig ein perfekter Zeitpunkt. Jetzt verstehen wir, was in den so genannten Situation Rooms passiert, wo die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft Europas und die Aussichten seiner schwächsten Gemeinschaften getroffen werden - genau zu einem Zeitpunkt, an dem die Krise die Notwendigkeit ausgedehnter und weitgehend repräsentativer Investitionen offenbart. Ich denke, es wird eine wichtige Aufgabe sein, den Menschen die Ernsthaftigkeit der Tragweite klar zu machen, die die dort getroffenen Entscheidungen haben. Bei den EuroLeaks geht es speziell um die Prozesse der Entscheidungsfindung, die zum Beispiel in der Eurogruppe stattfinden. Ich glaube, es fühlt sich oft weit weg an für uns alle und das ist genau die Absicht der Eurogruppentreffen, dass sie fernab vom Publikum scheinen. Das Publikum hat keinen direkten Zugang zu den Sitzungssälen, in denen diese Entscheidungen passieren. Aber es wird in Zeiten wie diesen immer wichtiger, die Wut, die Ängste und Befürchtungen und all die Gefühle zu mobilisieren, die entstehen, wenn die Menschen kein sinnvolles Mitspracherecht haben, wenn es um das Wohl ihrer Gemeinschaften geht - im wörtlichen und

übertragenen Sinne - und wenn keine Möglichkeit besteht, die Entscheidungsprozesse, die in einer Institution wie der Eurogruppe stattfinden, demokratisch zu kontrollieren.

ZR: Das Gegenargument wäre in der Regel, dass transnationale Bewegungen zu einer Föderalisierung der Europäischen Union führen könnten, was im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung sinnvoll sein könnte, da wir sehen, dass eine Bedrohung in Italien oder in jedem anderen Land auch eine Bedrohung für westeuropäische Länder sein könnte, zum Beispiel im Hinblick auf das Coronavirus. Aber das skeptische Argument, das ich gewöhnlich höre, ist, dass die Föderalisierung Europas, die Zentralisierung Europas, zu massiver Bürokratie und Regierungsgewalt führen könnte, die durch Regierungen - wie in der Vergangenheit bereits geschehen - in viel größerem Umfang missbraucht werden könnte. Was halten Sie von diesen Argumenten?

DA: Ich denke, es ist wichtig, zwei sehr unterschiedliche Konzepte zu unterscheiden. Der eine Begriff ist "Transnationalität, Transnationalismus" und der andere ist "Internationalismus". Warum ist es so wichtig, beide Konzepte zu unterscheiden?

In vielen Fällen bedeutet Transnationalität, Transnationalismus die Auflösung der Staatskapazität auf nationaler und lokaler Ebene, im Dienste der Schaffung eines ebenen Terrains, auf dem das Kapital und die Arbeit frei fließen und die Waren frei zirkulieren können. Der Transnationalismus ist oft die Schirmherrschaft, unter der sich die bösartigste Art der Hyperglobalisierung vollziehen kann, die versucht wurde zu überwachen durch die Europäischen Gemeinschaft und die Bemühungen der Europäischen Union diesen Binnenmarkt zu schaffen und die Integrität ihres Binnenmarktes tatsächlich zu erhalten.

Der Internationalismus hingegen impliziert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern. Wir leugnen nicht, dass Länder sowie Gemeinden und Regionen wesentliche Einheiten sind, um demokratisch auf die Bedürfnisse und Präferenzen der Menschen vor Ort reagieren und wichtige sozialpolitische Präferenzen erfüllen zu können. Diese aktuelle Krise zeigt uns, dass Staaten auf allen Ebenen in ihre Gemeinden investieren müssen, in die Menschen, in die öffentlichen Gesundheitssysteme. Auch die Notwendigkeit tieferer und sinnvollerer Formen der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Staaten wird deutlich. Man muss kein Genie sein, um - na ja, ich wollte über Anleihenredite sprechen, aber vielleicht braucht man doch ein bisschen Mathematik, um zu verstehen, was auf den Anleihenmärkten passiert ist - aber wenn Länder desselben Kontinents, derselben Union auf so unterschiedliche Art Leid erleben, über so unterschiedliche Ressourcen und Kapazitäten verfügen, über ein unterschiedliches Maß an Fachwissen verfügen, unterschiedliches Wissen und unterschiedliche Möglichkeiten haben, um zu der gemeinsamen Antwort auf diese Krise beizutragen, dann ist es wesentlich, die Formen der internationalen Zusammenarbeit zu verbessern.

Viele der Gespräche, egal ob über Globalisierung, Föderalisierung oder europäische Integration, klingen nach "Ein oder Aus", nach "entweder mehr oder weniger Europa". Die zentrale Botschaft von DiEM25, das gesamte intellektuelle Gerüst besteht in dem Bewusstsein, dass es verschiedene Arten der Globalisierung und der Integration gibt und dass wir die Formen der internationalen Zusammenarbeit und der Solidarität stärken und gleichzeitig sicherstellen müssen, dass dies nicht die einheimischen und lokalen Formen der demokratischen Beteiligung außer Kraft setzt.

ZR: Zu meiner letzten Frage: Sprechen wir über Solidarität in Zeiten der Corona-Krise. Was raten sie den Menschen, deren Recht auf Versammlungsfreiheit und Bewegungsfreiheit gerade eingeschränkt ist? Wie können sie Solidarität leben?

DA: Ich denke, die Antwort muss sich auf zwei verschiedene Zeithorizonte beziehen.

Zuerst geht es darum sicherzustellen, dass unsere Regierungen eine universelle Strategie entwickeln. Sie werden in die Versuchung geraten, sich auf Bedürftigkeitsprüfungen einzulassen, auf sehr partielle, zielgerichtete Reformen, die den am stärksten betroffenen Menschen helfen. Nein! Dies ist eine Chance für uns, eine gemeinschaftliche Menschlichkeit zu leben und eine soziale Antwort zu entwickeln, die tatsächlich universell ist. Das wird kurzfristig von entscheidender Bedeutung sein, und es gibt viele Wege, durch DiEM25 und in ganz Europa aktiv zu werden und sicherzustellen, dass wir die Regierenden zur Rechenschaft ziehen, damit unsere Antwort universell ist und wir die Universalität als ein Leitprinzip unserer Sozialpolitik verankern.

Im nächsten und noch viel wichtigeren Schritt dürfen wir nicht zulassen, dass die soziale Isolation bestehen bleibt. Sobald wir wieder frei sind und die Quarantäne endet kommen wir wieder zusammen. In den Cafés, den Bars. Wir finden einen Weg, uns in unseren Gemeinschaften wieder zu verbinden und die gewohnten Formen echter menschlicher Solidarität wieder zu etablieren, die durch die notwendigen isolatorischen Maßnahmen gegen dieses Coronavirus pausiert werden müssen.

ZR: David Adler, Politischer Analyst der Bewegung Demokratie in Europa (DiEM25) vielen Dank für Ihre Zeit.

DA: Vielen Dank für die Einladung.

ZR: Und danke, dass Sie sich unsere Sendung angesehen haben. Vergessen Sie nicht, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren, indem Sie auf die Glocke unten klicken, und zu spenden, damit wir weiterhin unabhängige und gemeinnützige Nachrichten und Analysen produzieren können. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal!

ENDE